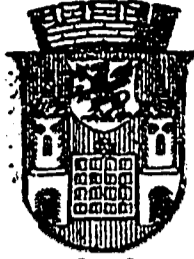


# Schwedter Tageblatt

Verkundungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Pierraden

Samstags Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschreiben besonders.



Postfachkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden Me einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluss der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 108

Dienstag, den 8. Mai 1928

35. Jahrgang

## Chronik des Tages.

Für die Reichstagswahlen sind 30 verschiedene Wahlvorschläge eingereicht worden.

In einer Rede in Baden mahnte Reichsfinanzminister Dr. Köhler zur größten Vorsicht bei der Aufnahme ausländischer Leihkapitals für die deutsche Wirtschaft.

Nach Londoner Zeitungsberichten hat die englische Polizei den Prinzen Carol an der Entsendung von Propagandaflugzeugen nach Rumänien gehindert.

Poincaré sprach sich in einer Rede in Metz gegen die Schaffung eines neutralen oder autonomen Elsaß-Lothringens aus.

Die japanische Regierung hat die Entsendung einer Division neuer Truppen nach China beschlossen.

## „Poincarés Dummheiten.“

Der Einzug der elsässischen Autonomisten in die Pariser Kammer hat in der französischen Öffentlichkeit so alarmierend gewirkt, daß Poincaré sich veranlaßt sah, seiner Elfsährreise vom Februar d. Js. eine zweite Fahrt in das „befreite Gebiet“ folgen zu lassen. War man doch im Innern Frankreichs stets im Glauben, daß die Brüder und Schwestern in den zurückgewonnenen Provinzen sich nach ihrer Rückkehr zu Frankreich überaus wohl fühlten und dem gemeinsamen Vaterland treu ergeben seien. Von einer Unzufriedenheit der elsäß-lothringischen Bevölkerung hatte man in der ersten Nachkriegszeit nie etwas gehört, da die große Pariser Presse wohl auf höheres Geheiß alles abgeköhlte hatte, was irgendwie auf eine Diskriminierung der Elfsässer über die französische Regierungswirtschaft schließen ließ.

Erst als im vergangenen Jahre einige führende Persönlichkeiten im Elfsäß zur Gründung des Heimatbundes schritten, um die Rechte und Eigenarten des elsäß-lothringischen Volkes gegen die Pariser Verwaltungspolitik zu verteidigen, da merkte man in Innerfrankreich, daß zwischen Rhein und Vogesen nicht alles in Ordnung sein könnte. Natürlich durfte die französische Verwaltung an dieser Entwicklung nicht schuld sein; als Hauptschuldige stellte man vielmehr einige „landesverräterische Elemente“ hin, die angeblich die Zusammenarbeit mit „ausländischen“ Kreisen auf eine Zermürung Elfsäß-Lothringens von Frankreich hinarbeiteten. Es folgten dann die bekannten Massenverhaftungen von Heimatbündlern und die Einleitung des großen Sensationsprozesses, der sich jetzt vor den Schranken des Kolmarer Schwurgerichts abspielt. Poincaré selbst hielt am 13. Februar 1928 bei dem Bürgermeisterbankett in Straßburg eine flamende Rede gegen die „Autonomistenbande“, die er als Verräter und Feinde Frankreichs an den Pranger stellte, ohne irgend einen greifbaren Beweis für seine schweren Anschuldigungen zu erbringen.

Inzwischen hat das elsässische Volk selbst sein Urteil über die Pariser Gewaltmaßnahmen gesprochen und die seit Monaten in Haft gehaltenen Führer der Heimatbewegung, Kistin, Hoffé und einige andere, in die französische Kammer gewählt. Das war ein Schlag für Poincaré, den er nur schwer wird verwinden können. Außerdem steht der Prozess selbst, der einen Tag nach den Stichwahlen in Kolmar begann, bis jetzt überaus günstig für die Angeklagten. Trotz aller Machenschaften und Schikanen ist die französische Justizbehörde bis jetzt den Beweis für ihre Verleumdungen schuldig geblieben. Um den peinlichen Eindruck des Wahlausfalls und der Kolmarer Justizkomödie zu vermeiden, hat jetzt Poincaré die zweite Reise ins Elfsäß unternommen.

Wenn einer der Verteidiger im Autonomistenprozess meinte, der Ministerpräsident wollte jetzt seine „Dummheiten“ vom Februar wieder gutmachen, so mag er in gewissem Sinne recht haben. Im Prinzip aber zeigt Poincaré sich unbelehrbar. In den beiden Reden, die er in den letzten Tagen in Straßburg und Metz gehalten hat, hat er sich diesmal einer Beschimpfung der Heimatbündler enthalten, andererseits hält er an der sogenannten „Assimilation“ der Verschmelzung von Elfsäß-Lothringen mit Frankreich nach wie vor fest. Bei seiner Ansprache in Metz betonte er, die französische Regierung habe nach dem Waffenstillstand die Weisprachigkeit, den Religionsunterricht und die Aufrechterhaltung des Konkordates versprochen und dieses Versprechen auch gehalten habe, aber sie habe auch das Recht, zu verlangen, daß die Aufrechterhaltung einer besonderen Gesetzgebung, die durch jahrelange Trennung gerechtfertigt sei, mit einer einwand-

freien Loyalität gegenüber Frankreich und mit dem obligatorischen Unterricht in der nationalen Sprache Hand in Hand gehe. Da Frankreich fest entschlossen sei, sich niemals mehr auch nur das geringste Stück von Elfsäß-Lothringen nehmen zu lassen, da Frankreichs Nachbarn sich überdies verpflichtet hätten, nie mehr einen Versuch zur Milderung Elfsäß-Lothringens zu machen, da außerdem Frankreich die Schaffung eines neutralen oder autonomen Staates, dessen präkres Leben notwendigerweise neue Konflikte nach sich ziehen müsse, nicht dulden werde, könne die Bevölkerung der wiedererlangenen Gebiete von nun an natürlich nur in einer immer enger werdenden Verbundenheit mit dem übrigen Frankreich die gesicherte Verbindung wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts erblicken. Daher sei es unerlässlich, daß sie französisch spräche.

Der Schlußsatz der Rede des französischen Ministerpräsidenten ist ein schlagender Beweis dafür, daß die Pariser Regierung trotz des vollkommenen Zerschlagens ihrer Elfsäß-Politik, trotz der wachsenden Unzufriedenheit der „befreiten Provinzen“ und trotz des Wahlsieges der Heimatbündler die gewaltsame Unterdrückung des Elfsässer Deutschtums fortsetzen will. Der „Erfolg“ wird nicht ausbleiben. Das französische Volk mag sich vielleicht durch diese „starken Worte“ beruhigen lassen, im Elfsäß aber wird sich jetzt immer mehr die Erkenntnis vertiefen, wie berechtigt und notwendig die Heimatbewegung ist, um den Anschlag auf das Grundrecht eines Volkes, seine Sprache, abzuwehren.

## Die Lage in Ssinanfu.

Japanische Verstärkungen für China unterwegs. Eine Division und 19 Kriegsschiffe.

Nach neuen Meldungen aus Tokio scheint sich die Nachricht über die Kapitulation und Entwaffnung der japanischen Truppen in Ssinanfu, dem Mittelpunkt der chinesisch-japanischen Zusammenstöße, nicht zu bestätigen. Doch wird die Lage in Ssinanfu als sehr ernst bezeichnet. Die Verluste unter den japanischen Soldaten betragen 12 Tote, 13 Verwundete. Bierzehn japanische Zivilpersonen, unter ihnen einige Frauen, wurden getötet, viele verwundet. Die Opfer wurden verstümmelt. Mindestens 50 Häuser wurden geplündert. Inzwischen sind die aus Tsingtau in Gilmarischen herabbeordneten Verstärkungen des Generals Iwamura in Ssinanfu eingetroffen. In Tsingtau selbst ist ein Transport von 1000 Mann japanischer Truppen aus Dairen (Mandschurei) angekommen.

Außerdem soll die gesamte Nagoya-Division nach China entsandt werden. Als Zweck der neuen Truppenentsendung wird die Bewachung und Verwaltung der Schantungseisenbahn angegeben. General Agati, der frühere Kriegsminister, ist zum Oberkommandierenden der nach Schantung entsandten Truppen, deren Stärke sich jetzt auf 13000 Mann beläuft, ernannt worden.

Ferner hat das japanische Marineministerium beschlossen, acht Torpedojäger, die zur Zeit in dem japanischen Hafen Kure liegen, nach dem Jangtse zu entsenden. Sieben weitere laufen von Sasebo nach Swatau und Kanton aus und schließlich vier von Mizuru nach Schanghai.

## Ein deutsches Hotel geplündert.

Nach einer der Deutschen Gesandtschaft in Peking zugegangenen zuverlässigen Meldung befinden sich die deutschen Reichsangehörigen und der deutsche Konsul in Ssinanfu wohl. Das deutsche Hotel Stein ist geplündert worden. Inzwischen haben die sinesischen Truppen das Fremdenviertel der Stadt völlig geräumt.

## Der Rechtsbruch in Kolmar.

Die Angeklagten fordern ihre Vernehmung.

Zu Beginn der Montagssitzung des Autonomistenprozesses vor dem Kolmarer Schwurgericht entspann sich eine längere Debatte über die Wahl des Verfahrens für die weitere Verhandlung. Die Anwälte traten dafür ein, daß die Verhandlung beschleunigt werden müsse und daß man an die Angeklagten präzise, das angebliche Komplott gegen die Sicherheit des Staates betreffende Fragen stellen müsse, aber daß Verhör der Angeklagten fortsetze. Sie stellten einen entsprechenden Antrag, und sämtliche Ankläger begründeten

für ihre Person in mehr oder minder kurzen Ausführungen, weshalb sie Wert darauf legen, vor der Zeugenvernehmung gehört zu werden.

Mit Ausnahme von vier Angeklagten (darunter der neue Abgeordnete Hoffé) sprechen die Angeklagten Elfsässer Dialekt. Von den Aussagen sei erwähnt, daß Buchdrucker Haus betonte, man möge ihm sagen, durch welche Worte oder durch welche Handlungen er gegen die Sicherheit des französischen Staates ein Komplott betrieben habe. Es sei niemals der Fall gewesen, daß die autonomistische Bewegung ausländisches Geld erhalten habe. Die Angeklagten Würz und der Maler Solbeen äußerten sich in gleichem Sinne.

Der erste „Belastungszeuge“.

Im weiteren Verlauf des Autonomistenprozesses erklärte der Vorsitzende des Gerichts, daß er trotz des Wunsches der Angeklagten, weiter verhört zu werden, in die Zeugenvernehmung eintrete und die Vernehmung der Angeklagten hiermit unterbreche.

Als erster Zeuge wurde der Straßburger Polizeikommissar Bauer vernommen, der zunächst erklärte, die Autonomiebewegung, die darauf abziele, das Elfsäß von Frankreich zu trennen und es wieder an Deutschland zurückzubringen, gehe auf die Zeit kurz vor dem Waffenstillstand zurück. 1918, noch vor dem Waffenstillstand, sei unter dem Protektorat des Statthalters v. Dallwitz von 83 deutschfreundlichen gesinnten Leuten der Elfsässerbund gegründet worden, der den Gedanken propagieren sollte, daß das Elfsäß deutsch bleiben müsse. Von jenseits des Rheins seien seit Juli 1919 Flugschriften nach dem Elfsäß hinüberbefördert worden, die die Elfsässer aufforderten: Erhebt euch in Massen, um euer Selbstbestimmungsrecht zu fordern. Im Juli 1919 sei auf Betreiben des Elfsässerbundes im französischen Elfsäß eine Partei unter dem Namen „Parti fédéraliste alsacien et lorrain“ gegründet worden, und man begegne in ihren Listen zum Teil auch Leuten, wie sie jetzt in der Autonomistenbewegung zu finden seien. So hätten am 8. August 1919 in einer geheimen Versammlung Abbé Haegh, Keppi, Hahbauer und Haus das Programm dieser Partei festgelegt.

## 30 Parteien im Wahlkampf.

Im Zeichen der deutschen Einigkeit.

Bei den kommenden Reichstagswahlen feiert die politische Zersplitterung wieder einmal wahre Triumphe. Nicht weniger als 30 verschiedene Bewerbungslisten sind bis zum 6. Mai, an dem die Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge zu Ende ging, eingereicht worden.

Danach wollen sich folgende Parteien an dem Wahlkampf beteiligen: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Deutschnationale Volkspartei, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Kommunistische Partei, Deutsche Demokratische Partei, Wirtschaftspartei, Bayerische Volkspartei, Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund, Deutsch-hannoversche Partei, Nationalsozialistische Arbeiterpartei, Böllische Freiheitspartei, Handwerkerpartei, Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands, Hauswirte-Partei, Deutscher Reichsbund der Geschädigten, unpolitische Liste der Kriegsbeschädigten, Aufwertungspartei, Christliche Reichspartei, zwei Volksrechtsparteien, Deutsch-sozialer Partei, Volkswohlpartei, Zentrumspartei Niedersachsens, Partei für Recht und Vaterland, Evangelische Partei Deutschlands, Evangelischer Volksbund, Alte sozialdemokratische Partei, Liste der linken Kommunisten, Liste revolutionärer Kommunisten.

Die formelle Entscheidung über die Zulassung dieser Parteien obliegt dem Reichswahlaußschuß, der unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters, des Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Professor Dr. Wagemann, bereits mit seinen Beratungen begonnen hat.

## Vorsichtige Anleihepolitik.

Erklärung des Reichsministers Köhler.

In einer Rede in Baden gab Reichsfinanzminister Dr. Köhler eine Erklärung über die deutsche Anleihepolitik ab:

Die Arbeiten der Beratungsstelle über die Zulassung von Anleiheanträgen der Gemeinden stehen vor dem Abschluß. Die Aufnahme der Verhandlungen durch die zunächst für die Inanspruchnahme des Auslandsmarktes in Betracht kommenden öffentlichen Abwerkstätten oder ihre Kredit-